

---

### Kapitalismuskritik I

## Eine Farce

---

Karl Marx bemerkte einmal beim Vergleich von Napoleon dem Ersten und Napoleon dem Dritten, daß sich die Geschichte nicht wiederhole, es sei denn als Farce. Die gleiche Diagnose hätte er vermutlich gestellt, wenn er seine Kritik am Kapitalismus mit der heute in Mode gekommenen Kapitalismuskritik hätte vergleichen können. Marx führte Symptome auf Strukturen zurück, er kritisierte nicht das Verhalten der Kapitalisten, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die solches Verhalten generieren. Für Marx hatte die Analyse Vorrang gegenüber dem Moralisieren.

Ganz anders die heutigen Kritiker. Sie führen beklagenswerte Ergebnisse nicht auf Marktversagen oder Staatsversagen, sondern auf Moralversagen zurück, auf Egoismus und Profitgier, wobei sie nicht einmal die Kapitaleigner, sondern deren Manager im Visier haben. Diese Form der Kritik stellt aus zwei Gründen eine Gefährdung für das Gemeinwesen dar. Zum einen widerspricht sie dem Postulat Max Webers, wonach gute Politik das Bohren dicker Bretter zu sein hat. Es grenzt schon an Voksverdummung, die Manager von ein paar Hedge-Fonds oder polnische Schlachter für die 5 Mio. Arbeitslose verantwortlich zu machen, anstatt zu fragen, warum in den USA die Börse bei positiven Arbeitsmarktdaten jubelt, während bei uns Manager für Personaleinsparungen honoriert werden.

Zum anderen handeln Kritiker verantwortungslos, wenn sie ihr – durchaus berechtigtes – Unbehagen gleich zur Systemkritik hochstilisieren. Die Politiker sollten aufpassen, daß ihnen nicht mit gleicher Münze zurückgezahlt wird. Es gibt bei nicht wenigen Bürgern die Neigung, aufgrund von Fehlverhalten einzelner Abgeordneter oder Minister und aufgrund von Unmut über politische Entscheidungen gleich das System der parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen. Wirtschaftsfeindlichkeit und Politikverdrossenheit sind zwei Seiten derselben Medaille. hä

---

### Kapitalismuskritik II

## Heuschrecken und Viehhändler

---

Gelegentlich haben polemische Zuspitzungen befreiende Wirkung, vorausgesetzt die verwendeten Metaphern sitzen. In der politischen Arena signalisiert der Applaus der Anhänger den Erfolg der Attacke, auf der intellektuellen Ebene dagegen die aus Erkenntnisgewinn resultierende Anerkennung. So gesehen hat Müntefering mit seinem Heuschreckenvergleich po-

litisch einen Volltreffer gelandet, intellektuell dagegen eine Niete gezogen.

Wir wissen nach seiner Sottise vielleicht mehr über die Tierwelt, nichts aber über das Treiben der von ihm gescholtenen Investorenschwärme. Es stimmt einfach nicht, daß diese Investoren nach ihrem Abzug mit prall gefüllten Taschen verarmte Bauern, hungernde Städter und stellungslose Landarbeiter zurücklassen. Vielmehr sind sie – um im Bild zu bleiben – Viehhändler, die dem Bauern das Produkt seiner Arbeit abkaufen und es den Schlachthöfen zuführen oder es zuvor schlachten und selbst an die Konsumenten verkaufen. Viehhändler hatten schon immer einen schlechten Ruf. Man benutzte gern ihre Dienste, mißgönnte ihnen aber den Gewinn aus der Handelsspanne. Der Bauer hatte das Gefühl, ihm stünde eigentlich der Konsumentenpreis zu, und der Konsument meinte, er müsse eigentlich nur den Erzeugerpreis bezahlen.

Heute haben wir es nicht mit Viehhändlern, sondern mit Fondsgesellschaften zu tun, die zum Beispiel den Rentenversicherungsträgern das Immobilienvermögen abkaufen, das diese Hals über Kopf abstoßen müssen, weil sie auf Geheiß des Bundessozialministeriums keine Rücklagen mehr halten dürfen. Die Rentenversicherungsträger gewinnen durch den Verkauf Zeit, sparen Maklercourtage und halten sich den Ärger der Mieter vom Hals. Andere Investoren erwerben den Betrieb eines Selbständigen, der sich zur Ruhe setzen will, und suchen Nachfolger. Wieder andere kaufen insolvente Unternehmen auf, sanieren sie und bringen sie an die Börse. Selbstverständlich gibt es dabei auch schwarze Schafe. Doch gerade diese kommen ungeschoren davon, wenn gleich die ganze Schafherde einem Generalverdacht ausgesetzt wird. hhh

---

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

## Große Revision

---

Ende April hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 (VGR) veröffentlicht; damit entsprach es verbindlichen Rechtsvorschriften der EU-Kommission zur Harmonisierung der Preis- und Volumenmessung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auch wenn sich dadurch so zentrale Größen wie die Wachstumsraten für das reale BIP für die vergangenen Jahre nur wenig änderten, gab es doch gravierende methodische und konzeptionelle Neuerungen. Die wichtigste ist die Umstellung der Preisbereinigung von einem festen Basisjahr auf eine Vorjahrespreisbasis mit Verkettung. Des weiteren wurde die Berechnung und Aufteilung der Finanzserviceleistungen geändert; das erhöhte das Niveau des

BIP. Überdies wurden neue Statistiken, insbesondere die im Berichtsjahr 2000 beginnende Dienstleistungsstatistik, einbezogen. Schließlich werden zur Preismessung nun auch hedonische Preisindizes verwendet, bei denen auch Qualitätsverbesserungen berücksichtigt werden.

Die Umstellung der Berechnung der Realgrößen in der VGR auf Vorjahrespreisbasis hat gewisse Vorteile, zumal bei zunehmender Anwendung hedonischer Preismessung. Veränderungen der Preisstruktur werden zeitnaher und damit die aktuelle Volumenentwicklung exakter erfaßt. Es entfallen künftig die bei der bisherigen Festpreisbasis im Abstand einiger Jahre notwendig gewordenen Umbasierungen und die damit verbundenen Revisionen. Nachteil der Vorjahrespreisbasis ist, daß es bei unterjährig Daten verschiedene Möglichkeiten der Deflationierung gibt, und daß zur Bildung längerer Zeitreihen Verkettungen vorgenommen werden müssen. Dazu gibt es verschiedene Methoden mit unterschiedlichen Auswirkungen, aber keine ist frei von Problemen. Der vom Statistischen Bundesamt verwendete „Annual-Overlap-Ansatz“ minimiert lediglich die Probleme, die sich vor allem bei der Aggregation preisbereinigter Komponenten und bei der Berechnung von Veränderungsraten ergeben. jh

---

### EU-Regionalförderung Mittelkürzung für Ostdeutschland

---

In der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 soll Ostdeutschland nicht mehr in bisherigem Umfang durch die EU gefördert werden. Das sehen Planungen der EU-Kommission vor. Bislang ist ganz Ostdeutschland als Ziel-1-Fördergebiet ausgewiesen. Dies sind Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 75% des EU-Durchschnitts. Einige Regionen drohen ihren Status als Ziel-1-Fördergebiete ganz zu verlieren. Die übrigen Regionen behalten ihn zwar, aber die möglichen Fördersätze sollen gegenüber noch ärmeren Regionen abgesenkt werden.

Hintergrund der Pläne der Kommission ist die Osterweiterung. Im Mai 2004 sind die neuen Mitgliedsländer in die Förderung ohne umfassende unionsweite Neubestimmung der Fördergebiete einbezogen worden. Für die neue Förderperiode werden nun erstmals alle Regionen der EU 25 hinsichtlich ihrer Einkommenssituation miteinander verglichen. Da das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Mitgliedsländern noch sehr niedrig ist, droht Regionen in den alten Mitgliedsländern der Verlust der Förderung, obwohl sie nur statistisch gesehen reicher geworden sind. Es werden umso mehr Regionen ihren bisherigen Förderstatus verlieren, je enger die Haushaltsspielräume der

EU sind. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn sich die Kommission nicht mit ihren Plänen durchsetzen wird, die Beiträge der Mitgliedsländer auf 1,25% des jeweiligen BIP zu erhöhen.

Deutschland ist wie andere Nettozahler auch an einer Begrenzung seiner Zahlungen an den EU-Haushalt interessiert, auch auf die Gefahr hin, daß dann weniger EU-Mittel nach Ostdeutschland fließen. Indem die Kommission auf die von ihr prognostizierten Auswirkungen einer Begrenzung des EU-Haushalts auf ostdeutsche Fördergebiete verweist, versucht sie innerdeutschen Widerstand gegen die Position der Bundesregierung aufzubauen. la

---

### Textilhandel Dämme gegen China?

---

Wie viele Hemden kostet ein Airbus A 320? Der Repräsentant des chinesischen Handelsministeriums bei der EU hat dies ausgerechnet und ist auf 20 Mio. Stück gekommen. Nur wenn Europa bereit sei, chinesischen Textilexporturen freien Marktzugang zu gewähren, sei China in der Lage, europäische Hochtechnologie zu kaufen. Die Gegenfrage stellt der französische Staatspräsident: Was kostet die europäische Verfassung? Nur wenn die Gemeinschaft einen Damm gegen die Importflut aus China errichte, seien die Franzosen beim Referendum am 29. Mai gewillt, die Verfassung für die Europäische Union zu billigen.

Ein solches Junktim erweckt die alte Vorstellung von einer „Festung Europa“ zu neuem Leben und widerspricht dem Leitbild einer EU, die sich dem internationalen Wettbewerb stellt. Unter dem Druck der Lobby hat die Europäische Kommission derweil Ende April ein Untersuchungsverfahren gegen Textilimporte aus China eingeleitet. Die nächste Stufe wäre eine Beschränkung dieses Handelsstroms ab Jahresmitte, nachdem die USA bereits neue Importquoten für chinesische Textilien beschlossen haben.

Indes trifft der Anpassungsdruck die Textilindustrie in den Industrieländern nicht schlagartig. Die Krise war seit langem absehbar, doch wurde die Möglichkeit, sich schrittweise an die neue Situation anzupassen, unzureichend genutzt. Wesentlich dramatischer ist der Strukturwandel in Ländern wie Bangladesch, Kambodscha oder Marokko, in denen Textil und Bekleidung unter dem Schutz des alten Quotenregimes zu einem erstrangigen Wirtschaftsfaktor herangewachsen ist und Millionen Haushalte aus der Armutsfalle herausgeführt hat. In diesen Ländern ist eine aktive Unterstützung bei der Bewältigung des Liberalisierungsschocks durch die internationale Gemeinschaft notwendig. ko